



Bildungswerk für Kommunalpolitik e. V.

FREIE WÄHLER

Liebe Freie Wählerinnen und Freie Wähler!



Ein Großteil politischen Handelns beschäftigt sich damit, Geld auszugeben. Anhand der Schwerpunktsetzung bei diesen Verteilungskämpfen lässt sich das politische Profil der einzelnen Parteien ablesen. „Bildung statt Beton“ ist eine, von uns Freien Wählern in den letzten Monaten immer wieder gebrauchte Formel. Hiermit wird zum Ausdruck gebracht, dass wir kleinere Klassen und individuellere Betreuung zur Mobilisierung von Leistungsreserven einer dritten Startbahn am Münchner Flughafen oder dem staufengestützten Donauausbau vorziehen würden. Dass die Staatsregierung dies genau anders herum sieht, ist bekannt. Da es in der Politik kein grundsätzliches „Richtig“ oder „Falsch“ gibt, sondern diese Beurteilung von den Zielen abhängt, die man erreichen will, ist es Aufgabe der Politik, zunächst einmal zu formulieren, wo sie eigentlich hin will. Wenn es bayerisches Staatsziel ist, mit dem Frankfurter Flughafen um die Wette zu rüsten, dann brauchen wir nicht nur eine dritte Startbahn, sondern auch eine Vierte. Wenn es aber unser Ziel ist, möglichst viele Schulabgänger zu einem guten Schulabschluss zu führen und damit ausbildungsfähige Jugendliche als zukünftiges Potenzial zu haben, dann dürfen wir keine übergroßen Klassen und viele Unterrichtsausfälle dulden, sondern dann brauchen wir motivierten Lehrernachwuchs.

Logischerweise haben wir uns deshalb für

die Rückforderung des 250-Millionen-Euro-Restdarlehens der Flughafen München GmbH eingesetzt und daran erinnert, dass die noch ausstehende 1 Milliarde Euro für Zinsen aus diesem Darlehen in den nächsten Jahren ebenfalls eingefordert werden sollte. Genauso logisch hat das die Staatsregierung abgelehnt, aber zeitgleich eine Kürzung der Einstiegsgehälter für Junglehrer angekündigt – was logischerweise wir wiederum abgelehnt haben. Auch an den maroden Kommunalfinanzen scheiden sich die Geister. Ein formal ausgeglichener Haushalt des Freistaats nützt nichts, wenn die Kommunalschulden geradezu davon galoppieren – das ist jedenfalls unsere Meinung. Deshalb fordern wir auch eine Erhöhung des Kommunalanteils am Steuerverbund von 12 Prozent auf 12,5 Prozent, das wären in absoluten Zahlen ca. 120 Millionen mehr; hinzu kommen müssten noch weitere Nachbesserungen an anderen Stellen, von der Schülerbeförderung bis zur Breitbandversorgung. Die Staatsregierung hat den Kommunen die Erhöhung auf 12,2 Prozent versprochen. Sonderbar ist, dass die kommunalen Spitzenverbände mit dem Ergebnis zufrieden sind, obwohl sie mit der Forderung nach 13 Prozent in die Verhandlungen gegangen waren. Die Bezirke haben 220 Millionen Euro zusätzlich gefordert, nichts bekommen und jetzt sind auch sie zufrieden. Noch sonderbarer ist, dass man uns Freien Wählern vorgeworfen hat, nichts von der Sache zu verstehen. Nun denn. Auch hier geht es wieder um die Zieldefinition: Will man die finanzielle Lage der Kommunen wirklich verbessern oder nur die Staatsregierung nicht in Unannehmlichkeiten bringen? Das Ringen ums Geld geht weiter: Das von uns geforderte Bundesleistungsgesetz soll die Sozialausgaben der Kommunen reduzieren. Bund, Land und Kommunen sollen jeweils ein Drittel der Kosten für die Eingliederungshilfe übernehmen. Eine verbesserte Sportstättenförderung für den Vereinssport kann in Zeiten der Olympia-Euphorie kein Denkfehler unsererseits sein – warten wir die Landtagsdebatte ab.

Ein Ausgleich durch den Bund für die Steuerausfälle bei Land und Kommunen – geschätzt eine halbe Milliarde Euro – ist aufgrund der Absetzbarkeit der Brennelementesteuer geboten – wenigstens aus unserer Sicht. Genauso überfällig ist es, schleunigst Anklage gegen den

ehemaligen Vorstand und Verwaltungsrat der BayernLB einzureichen, um wenigstens die Chance auf etwas Schadenersatz, schon wegen der drohenden Verjährung von Ansprüchen zum Jahreswechsel, nicht zu verspielen. Aber auch hier haben es die Verantwortlichen nicht so eilig wie wir – ein weiterer Zielkonflikt eben. Aufklären und retten, was zu retten ist – oder den Ball flach halten, das ist hier die Frage. Auch bei der umstrittenen CSU-Resonanzstudie geht es ums Geld und um die Beeinflussung der öffentlichen Meinung, um die Voraussetzungen für noch mehr Geld schaffen zu können.

Ein renommiertes Hamburger Meinungsforschungsinstitut hat über Jahre hinweg von der Staatskanzlei „Aufträge“ bekommen, die der Steuerzahler bezahlt hat und die der CSU genutzt haben. 560 000 Euro allein in den Jahren 2000 bis 2007. Dasselbe Institut, das der CSU empfohlen hat, die Freien Wähler taktisch totzuschweigen, hat auch die entsprechenden Umfrageergebnisse herausgegeben, die dann von verschiedenen Auftraggebern in Umlauf gebracht wurden. Logisch, dass man uns im Januar 2008 ein Wahlergebnis von ganzen 3 Prozent „vorausgesagt“ hat, der CSU dagegen 56 Prozent. Im April und Juli waren es dann 4 Prozent versus 50 Prozent. Am 9. September 2008, unmittelbar vor der Landtagswahl, prognostizierte man den Freien Wählern dann immerhin schon 5 Prozent, der CSU noch 49 Prozent. Am Wahltag erreichten wir dann 10,2 Prozent und der „Demoskopie-Dauerkunde“ CSU gerade mal 43,4 Prozent. Nochmal gut gegangen – aber Methode hat es trotzdem, die Wählerschaft und die eigenen Leute in dieser zwielichtigen Form zu verunsichern.

Ich wünsche Ihnen, liebe Freie Wählerinnen und Freie Wähler, schöne Weihnachtstage und ein erfolgreiches, gesundes Jahr 2011. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

Mit freundlichen Grüßen und dem Ziel vor Augen, sich auch im nächsten Jahr für unsere Bürger einzusetzen,

Ihr FW-Landesvorsitzender

Hubert Aiwanger
Hubert Aiwanger

Themen in dieser Ausgabe:

- Grußwort des Vorsitzenden der Freien Wähler Bayern
- Bad Abbach: Listenplätze für Jugend
- Elsenfeld: 50 Jahre FW
- S. Dehler: Wahlkampf, Wahlwettbewerb, eine Bewerbung an den Bürger?
- Estenfeld: 50 Jahre UWG
- H. Kleiber: Workshop für Kommunalpolitik
- Gunzenhausen: 40 Jahre FW
- Ismaning: 50 Jahre FWG
- BKB-Forum
- Seminarübersicht 2011
- Bildungsarbeit 2010 – Dank zum Jahresende



Jugend soll Listenplätze bekommen

Bad Abbach/ Landkreis Kelheim

Die Freien Wähler in Bad Abbach gründeten die erste Jugendorganisation im Landkreis. In der Gründungsversammlung wurde Christian Hanika (24) zum Vorsitzenden gewählt. Jugendlich-flott formulierten sie ihr politisches Ziel: „Pimp your Abbach – gestalte deine Heimat“. „Wir wollen Bad Abbach jugendlicher gestalten und der Politikverdrossenheit der Jugend entgegen wirken“ umschreibt der junge Vorsitzende das Ziel. FW-Vorsitzender Josef Geitner und FW-Bürgermeister Ludwig Wachs zeigten sich sichtlich euphorisch: „Das ist ein bewegender Augenblick und ein historischer

Tag“, meinten die beiden erfahrenen Kommunalpolitiker. Auf der Liste bei der nächsten Kommunalwahl sollen die jungen Leute Plätze erhalten.

Die Vorstandschaft der neu gegründeten Jugend der Freien Wähler: Nancy Biller, Robert Englmann, Vorsitzender Christian Hanika, Ludwig Wachs jun., Lisa Meier, Moritz Meier und Matthias Schröppel mit Bürgermeister Ludwig Wachs und FW-Vorsitzendem Josef Geitner.



50 Jahre Freie Wähler in Elsenfeld, Landkreis Miltenberg



Rückblicke, Glückwünsche und Ehrungen standen im Mittelpunkt der Jubiläumsfeier.

UBV-Vorsitzender Thomas Becker führte durch das Programm und erinnerte an das

Gründungs Jahr 1960, als sich im Februar immerhin 113 kommunalpolitisch interessierte Elsenfelder trafen, um eine unabhängige Liste für die Gemeinderatswahlen aufzustellen. Seitdem schrieben die Freien Wähler hier Erfolgsgeschichte und wurden mit der zukunftsweisenden Gemeindepolitik ihrer Bürgermeister eine feste Größe. Richard Hornung gab einen Rückblick über frühere Wahlkämpfe und kommunale Aktivitäten der Gruppierung.



Ehrungen der Gründungsmitglieder der UBV: von links: Hans Alexander, Matthias Luxem, Gilbert Klug, Bertl Thorwart (vertrat ihren Mann Rudi Thorwart Senior) und Richard Hornung

Kreisvorsitzender MdL Dr. Hans-Jürgen Fahn überbrachte die Glückwünsche und Ehrungen des FW Landesverbandes.: „50 Jahre sind keine Selbstverständlichkeit – die Erfolge hat man sich hart erarbeiten müssen“ betonte Dr. Fahn in seiner Laudatio. Mit der Goldenen Ehrennadel des FW Landesverbandes wurden Ralph Glorius, Heinz Gramm, Hermann Maier, Gerwin Schnarr und Rudi Thorwart sen. ausgezeichnet. Silber erhielten Elke Benstein, Ernst Deckelmann, Burkhard Fischer, Rudi Haas, Wolfgang Henn, Gilbert Klug, Reiner Klug, Thomas Lebert, Dr. Reinhard Mütterlein, Claudia Rohe, Eleonore Sauerwein und Andreas Wolf.

Wahlkampf, Wahlwettstreit, eine Bewerbung an die Bürger?

So oder ähnlich wird häufig beschrieben, was vor einer Wahl passiert. Es gibt viele Meinungen und jeder sieht diese Begriffe etwas anders.

Jeder Mensch lebt in seiner Landkarte und diese Landkarte ist nicht die Welt.

Seit 20 Jahren begleite ich Initiativen und Gruppen bei Ihren Bewerbungen um den Wähler. Heute möchte ich Ihnen ein paar Erkenntnisse aus der Praxis schenken. Vielleicht finden Sie die eine oder andere Anregung für sich persönlich.

Diese wichtige Frage stellen sich viele oft zu spät:

Wann beginnt denn der Wahlkampf? Wann beginnt die konkrete Planung des Wahlkampfes?

Meine Empfehlung: Bei Kommunalwahlen beginnen Sie genau 365 Tage vorher! Ja, ich meine wirklich, was ich hier schreibe. Ihre persönliche Präsenz in dem dazugehörigen Wahlkreis vorausgesetzt. Warum? Weil so ein Jahr schnell vergeht und es ganz praktisch ist, wenn ein Zeitplan vorhanden ist! Vielleicht müssen Sie Kandidaten suchen um eine Liste zu füllen? Sie brauchen Wahlkampfgeld? Sie müssen Angebote einholen - was kostet eine Printkampagne? Es kann auch sein, dass Sie den einen oder anderen „grauen Panther“ ins Boot holen müssen. Und diese Liste können bestimmt auch Sie schon weiter führen.

Der Schlüssel zum Erfolg ist in meiner Erfahrung nicht ein statischer Plan, der ohne Rücksicht auf Verluste umgesetzt wird, sondern die **Denk- und Planungsgewohnheit!**

Sicherlich gibt es hier auch verschiedene Meinungen und Thesen:

„Wir brauchen keine Werbeagentur, mein Neffe hat eine Werbeagentur, der macht das!“ So oder ähnlich höre ich es immer wieder von den Kunden. Tatsächlich hat der Neffe keine Werbeagentur, sondern macht nebenbei Flyer für eine Disko! Die Erfahrung zeigt, wer sich im Wahljahr um den Bürger bemüht, muss

professionell auftreten, alles andere ist peinlich! Die Wahrheit ist: Für stümperhafte Wahlwerbung wurden Kandidaten 2008 ausgelacht. **„Die Leute kennen mich doch, ich brauch keine Internetseite!“**

Interessante These, würde ich diesem Kandidaten sagen. Viel interessanter war ein Hilferuf, der mich vor einiger Zeit erreichte. Ein Bürgermeisterkandidat rief mich zwei Wochen vor der Stichwahl an und schilderte mir empört: „Stellen Sie sich vor, dieser junge Kerl, schleicht sich bei den jungen Leuten ein. Der ist auf Facebook, hat eine **eigene** Internetseite und einen Blog, was immer das heißt! Der ist auf jeder öffentlichen Veranstaltung und hüpf ständig in der Zeitung rum. Jetzt hat der mich sogar zu einer Podiumsdiskussion eingeladen, die hab' ich aber gleich abgelehnt!“

Ganz ehrlich, was haben Sie gedacht, als Sie das jetzt gelesen haben? - Meine Antwort war - und die hat dem Kandidaten gar nicht gefallen: So wie es aussieht, hat Ihr Gegenkandidat wohl alles richtig gemacht.

Dieser junge, innovative Gegenkandidat hat die Wahl mit großem Erfolg gewonnen!

Spektakuläre Events??? Hat das was mit Spekulation zu tun? Ja, ich meine manchmal schon! Sie wollen Aufmerksamkeit von den richtigen Leuten, zu den richtigen Themen? Holen Sie sich Menschen aus jeder Altersgruppe in Ihr Team. Holen Sie sich Ideen und Innovationen, lassen Sie sich von ungewöhnlichen Kombinationen überraschen. Sehr erfolgreich und erfrischend ist die Zusammenarbeit einer Seniorenbeirätin, ca. 80 Jahre alt, mit einem 17-jährigen Gymnasiasten gewesen. Dieses Team hat eine Berlinfahrt organisiert. Im Bus sind Freundschaften entstanden, wurden Pläne geschmiedet und unglaublich tolle Bilder für die Printmedien geschossen. So wie bei einem Spekulation, den jeder kennt und der eigentlich nichts besonders ist, sondern die Verpackung und die Werbung in einem ganz anderen Blick erscheinen kann.



Ob Wahlkampf oder tagtägliche Öffentlichkeitsarbeit - im politischen Alltag kommt es darauf an, persönliche Fähigkeiten und parteipolitische Standpunkte gleichermaßen gekonnt nach außen zu vertreten. Es gibt keinen Königsweg! Es geht darum, sich authentisch, glaubwürdig und kompetent vor den Wählern zu präsentieren. Professionelles, souveränes und rhetorisch überzeugendes Auftreten ist notwendig, um ein Eigenprofil zu schärfen. Als einzelner Kandidat, wie auch als Teil Ihrer Partei oder Wählergruppe, müssen Sie sich optimal in der Öffentlichkeit darstellen.

Noch ein kleines Zitat für Sie: **Ein Baum kann im Stehen wachsen. Ein Mensch muss dafür gehen.**

*Sandra Dehler,
Kommunikationstrainerin und Coach
Referentin des BKB*

50 Jahre UWG-Estenfeld, Landkreis Würzburg

„Wir haben uns für einen Nussbaum entschieden, da alle Bürger im Sommer den kühlenden Schatten und im Herbst die wohlschmeckenden Nüsse genießen werden können“, so Ortsvorsitzender Markus Schäfer anlässlich des 50-jährigen Jubiläums der UWG Estenfeld bei der Pflanzaktion am Steinzeit-Gedenkstein neben der Schule. Das junge Bäumchen wurde aus dem Erlös eines Festes finanziert und soll in den kommenden Jahrzehnten alle Bürgerinnen und Bürger symbolisch daran erinnern, dass die UWG Estenfeld seit 1960 fest mit ihrem Heimatort verwurzelt ist und fruchtbringend für die Estenfelder und Mühlhäuser arbeitet.

Bild: Vorstandsmitglied Karin Schneider (2. von links), stellvertretender Vorsitzender Josef Ziegler, Ortsvorsitzender Markus Schäfer (5. von links), Ehrenvorsitzender Gerhard Schweidler (2. von rechts) und weitere Mitglieder der UWG



Workshop für Kommunalpolitiker

Erstmals als Workshop durchgeführt, fand in der Oberpfalz ein Seminar zum Thema „Aktuelle Fragen und Entwicklungen im Kommunalrecht“ statt. Zielgruppe waren erfahrene und langjährige Mandatsträger, doch schon bald zeigte sich, dass man nicht jahrzehntelang in einen Gemeinderat berufen sein muss, um den immer wiederkehrenden Problemen des Kommunalrechts und der Kommunalfinanzen zu begegnen.

Vielen Kommunen bereitet insbesondere das schwankende Gewerbesteueraufkommen Probleme. Geschwächt von den Reformen der letzten Jahre führte die allgemeine Finanzkrise zu weiteren finanziellen Ausfällen. Aber auch die Gründung von Teilfirmen und die Auslagerung von Betriebszweigen führen ebenso zu Gewerbesteuerrückgängen, wie das geschickte Ausnutzen von Schlupflöchern, die das EU-Gesellschaftsrecht bietet. So ergeben sich immer wieder Überlegungen, die Gewerbesteuer abzuschaffen oder zu reformieren. Einerseits wird von führenden Politikern die Meinung vertreten, es gäbe nichts Besseres als die Gewerbesteuer, andererseits existieren bereits Gedanken, sie durch einen erhöhten Anteil am Aufkommen der Einkommensteuer abzulösen. Im Jahre 2010 hat das Bundesverfassungsgericht per Beschluss festgestellt, dass die Erhebung mit einem Mindesthebesatz von 200 v. H. verfassungsgemäß sei. Ein Verzicht auf die Gewerbesteuer käme der Schaffung von „Steuroasen“ gleich, was einerseits den Wettbewerb verzerrt und andererseits auch noch die Ausgleichsfunktion der Gewerbesteuerumlage gefährdet.

Die immer wieder von Unternehmern vorgebrachte Idee, die Gewerbesteuer sei mit der Kommune verhandelbar, trifft **nicht** zu. Da der Hebesatz in der Haushaltssatzung jährlich für alle Gewerbetreibenden festgesetzt wird, ist

auch der Erlass von Steuerforderungen rechtlich nicht ohne weiteres zulässig. Weniger Probleme bereitet die Beteiligung der Gemeinde an der Einkommensteuer; allerdings sind auch hier Auswirkungen des Arbeitsmarktes deutlich spürbar.

Zum Jahresanfang 2011 werden die Schlüsselzuweisungen durch den Freistaat Bayern bekanntgegeben. In Oberfranken wurde eine Resolution mit dem Ziel gestartet, den Freistaat zu veranlassen, die Verbundmasse auf ca. 800 Millionen Euro anzuheben. Dem gegenüber steht die Aussage des Finanzministeriums in der Bayerischen Gemeindezeitung, dass das Wehklagen der Kommunen verständlich sei, doch gehe es dem Freistaat nicht anders: Man solle nicht vergessen, dass der Freistaat die Stabilisierung der BayernLB ganz alleine getragen habe, so dass man selbst auch Haushaltsverschlechterungen hinnehmen müsse.

Ein weiteres Diskussionsfeld bot sich zum Thema „Geschäftsordnung des Gemeinderates“. Immer wieder entsteht bei den Gemeinderatsmitgliedern der Eindruck, dass sie bewusst nur dürftig informiert und ihnen entscheidungsrelevante Vorlagen zu kurzfristig präsentiert werden. Grundsätzlich besteht ein **Informationsrecht des Mandatsträgers an allen Belangen der Gemeinde**. Dieses Recht besteht dem Bürgermeister gegenüber, der die Verpflichtung hat, sich notfalls Informationen zu beschaffen und diese dem Gemeinderat vorzulegen. Allerdings ist dieses Informationsrecht auf Gemeindeangelegenheiten begrenzt. Eine direkte Befragung von Mitarbeitern der Gemeinde durch das einzelne Gemeinderatsmitglied sei ohne Auftrag des Bürgermeisters nicht zulässig, ebenso eine grundsätzliche Einsichtnahme von Akten. Falls sich das Gemeinderatsmitglied bei einer Abstimmung deshalb nicht in der Lage sieht, mit „ja“ zu stimmen, bleibe nur die Möglichkeit zum „Nein“, **da es eine Enthaltung bei Abstimmungen im Gemeinderat nicht gibt**.

Grundsätzlich fällt es in den gesetzlichen Aufgabenbereich des Ersten Bürgermeisters die Tagesordnung aufzustellen und die Tagesordnungspunkte vorzubereiten. Wie detailliert dies in der Praxis geschieht, wird offenbar sehr unterschiedlich gehandhabt. Im Wesentlichen ist in der jeweiligen Geschäftsordnung des Gemeinderates geregelt, wie rechtzeitig die Information bereits vor der Sitzung erfolgen muss. Hier ist zum Beispiel auch festgelegt, ob Sitzungsvorlagen bereits mit der Einladung versandt werden. Nach einschlägigen Urteilen hat das Gemeinderatsmitglied nicht nur ein Recht, sondern sogar die Pflicht, bei Unklarheiten weitere Informationen zu fordern. Allerdings gibt es im Kommunalrecht die sogenannte **Indemnität** (nicht zu verwechseln mit der Immunität von Abgeordneten und Diplomaten), die beinhaltet, dass kein Gemeinderatsmitglied



wegen seiner Abstimmung gerichtlich verfolgt werden darf, sofern es nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt hat. Jedoch ist die Haftung gegenüber der Gemeinde nicht ausgeschlossen, wenn eine vorsätzliche Pflichtverletzung vorliegt. Es besteht jederzeit die Möglichkeit, Beschlüsse von der Rechtsaufsichtsbehörde überprüfen zu lassen, wenn der Verdacht der Rechtswidrigkeit besteht.

Die Frage der Abgrenzung zwischen nicht-öffentlicher Sitzung und der Behandlung vor Zuhörern ist gelegentlich problematisch. Doch auch hier gibt die Geschäftsordnung wichtige Gründe für eine nichtöffentliche Behandlung vor, wie zum Beispiel Personal- oder Grundstücksangelegenheiten sowie Entscheidungen, die durch andere Vorschriften wie das Steuergeheimnis, das Sozialgeheimnis und den Datenschutz gesichert sind.

Auch auf die Thematik der Niederlegung eines Ehrenamtes oder sogar dessen Verlust kraft Gesetzes wurde eingegangen. Die „wichtigen Gründe“ zur Niederlegung des Amtes im Gemeinderat sind in der Gemeindeordnung aufgelistet. Allerdings ist bereits vor einigen Jahren durch eine Gesetzesänderung die Pflicht des Gemeinderates entfallen, darüber abzustimmen, ob die Gründe ausreichend sind.

Die rege Diskussion, die oft kniffligen Fragen der Teilnehmer und der gelungene Erfahrungsaustausch zeigten das Interesse und den Wunsch zu einem „Workshop Teil 2“ im nächsten Jahr.

Harald Kleiber, Referent des BKB

Liebe Leserin, lieber Leser,

damit Sie der „Freie Wähler“ im Postversand immer aktuell erreichen kann, melden Sie bitte Neumitglieder in Ihrem Verband, Adresswechsel oder Austritte an die BKB-Geschäftsstelle, Marktplatz 7, 95349 Thurnau; Fax: 09228 9969567; Tel.: 09228 9969566; E-Mail: bkb-bayern@t-online.de

Eine Umstellung oder Neuanmeldung von Postversand oder E-Mail-Bezug des FW ist jederzeit über die Homepage des Bildungswerkes unter www.bkb-bayern.de und die Rubrik „Newsletter“ möglich. Hier finden Sie auch das aktuelle Seminarangebot und können sich direkt zu Ihrem Wunschseminar anmelden.

Redaktionelle Beiträge nimmt die Redaktion des FW gerne unter E-Mail: redaktion@bkb-bayern.de bis zum 30. März 2011, entgegen.

Möchten Sie regelmäßig die neuesten Freie Wähler-Pressemitteilungen in Ihrem Postfach finden? Dann schicken Sie bitte eine kurze E-Mail an die FW-Landesgeschäftsstelle in München (gstelle@freie-waehler.de) mit Nennung Ihres Namens, Ihres Ortsvereins, sowie Ihrer Email-Adresse.

Für namentlich gekennzeichnete Artikel zeichnet ausschließlich der Verfasser verantwortlich.

Leider können nicht alle eingereichten Beiträge, wie Mitgliederversammlungen oder Geburtstage veröffentlicht werden. Vereinsjubiläen werden i.d.R. erst ab 25-jährigem Bestehen veröffentlicht. Die Redaktion bittet um Verständnis.



40 Jahre Freie Wähler in Gunzenhausen/Mittelfranken

Der Ortsverband der Freien Wähler existiert mittlerweile seit 40 Jahren und die Vorstandschaft ist stolz auf diesen langen Zeitraum gemeinsamer Politik für Gunzenhausen.

Der erste Anlauf, die Idee von „Freien Wählern“ in Gunzenhausen zu verwirklichen, fiel in das Jahr 1948. Zu diesem Zeitpunkt fand sich eine Gruppe von Bürgern zusammen, die den Grundstein für eine parteipolitisch unabhängige Interessengemeinschaft legte. Sie gaben sich die Bezeichnung „Parteilose Bürger“ und nahmen bereits an den Kommunalwahlen 1948 und 1952 teil. Seit der Wahl am 25.04.48, bei der sie 7,30 % der Stimmen und damit einen Sitz im Stadtrat erhielten, haben die „Unabhängigen Wähler“ Sitz und Stimme im Stadtrat.

Die Gründungsversammlung des Ortsverbandes fand jedoch erst am 22. Mai 1970 in der Bahnhofsgaststätte Gunzenhausen statt. Damit begann für die „Freie Wählergemeinschaft“ (FWG) ein neuer Abschnitt. Gesprächsabende, Vorstands- und Stadtratssitzungen sowie ein enger Bürgerkontakt bei zahlreichen Wahlversammlungen in Gunzenhausen und seinen Stadtteilen, aber auch gesellschaftliche Events und Ausflüge ließen den Kreis der Mitglieder

und Anhänger größer werden. Auch eine enge Zusammenarbeit mit der Kreistagsfraktion und gute Verbindungen zur FW Landtagsfraktion mit MdL Dr. Peter Bauer und Landesvorsitzenden Hubert Aiwanger verdeutlicht das fruchtbare Engagement aller Freien Wähler in Gunzenhausen.

Viele engagierte Bürger der Stadt sollten dabei nicht vergessen werden: So haben sich die Ehrenmitglieder Willi Kastenhuber, Dr. Hermann Mäderer, Robert Spitzbart, Hans Scheiderer, Max Halbig, Karl Knoll, Erich Söllner, Dr. Werner Winter und 3. Bürgermeister Thomas

Engelhardt und das gesamte Vorstandsteam, um nur einige zu nennen, in vorbildlicher Art und Weise für die Ideen der Freien Wähler eingesetzt.

Eine umfangreiche Internetpräsenz unter www.fw-gun.de, die von Vorstandsmitglied Thomas Fiege in zeitintensiver Arbeit gepflegt wird, gibt Auskunft über eine lebhaftere Vereinsarbeit. In Zeiten knapper Kassen beschloss die Freien Wähler auf eine Jubiläumsfeier zu verzichten und dafür die Arbeit der Streetworker Gunzenhausens zu unterstützen.



50jähriges Jubiläum der FWG Ismaning, Landkreis München-Land



Mit einer gelungenen Feier zelebrierten die Freien Wähler Ismaning ihr 50jähriges Bestehen. 1960 gründete Willi Bürkle die „Freie Wählergemeinschaft Arbeitnehmer und Gewerbetreibende“. Seitdem habe, wie Landrä-

tin Johanna Rumschöttel in ihrem Grußwort ausführte, die Idee und der Einsatz der Freien Wähler die Entwicklung Ismanings positiv beeinflusst. Dieser Einfluss wurde laut Rumschöttel spürbar intensiviert, nachdem Erster

Bürgermeister Michael Sedlmair sein Amt inne hat. Dieser hob in seiner Ansprache die große Bedeutung der Bürgerbeteiligung in den Gemeinden hervor.

Auch Hubert Aiwanger, Landesvorsitzender der Freien Wähler Bayern, war der Meinung, dass „informieren und diskutieren“ ein wichtiger Bestandteil der kommunalpolitischen Arbeit sei. Die Freien Wähler in Ismaning pflegen als eine Gemeinschaft von Tradition und Moderne eine lebendige und vielseitige Bürgerarbeit, so Ortsvorsitzender und Fraktionssprecher Rudi Essigkrug in seiner Festrede. Die nachhaltige Gestaltung der politischen Entscheidungen zu wichtigen Themen wie Energieversorgung, Kultur, Bildung, christlicher Tradition und vieles mehr, seien Belege dafür. So begann der Festabend auch mit einem Gottesdienst, den Pfarrer Dr. Markus Brunner gestaltete.

Die Ehrengäste der FW Ismaning von links: Erster Bürgermeister Michael Sedlmair, FW Bezirksvorsitzende MdL Eva Gottstein, Landrätin Johanna Rumschöttel, FW Landesvorsitzender MdL Hubert Aiwanger und FW Ortsvorsitzender und Fraktionssprecher Rudolf Essigkrug.

BKB-Forum

Groß ist oft die Freude über eine neu ausgebaute Straße vor dem eigenen Haus – noch größer allerdings auch der Ärger, wenn die entsprechenden Bescheide der Gemeinde über den eigenen Anteil am Straßenausbau eintreffen. Dabei hat die Kommune gar keine Wahl: die Verteilung der Kosten beruht auf gesetzlicher Regelung. Der gemeindeeigene Anteil ist dagegen zwar vergleichsweise gering; und doch belastet er massiv deren Haushalt.

Eine ähnliche Situation: Da verkündet die Ministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Berlin stolz den bundesweiten Ausbau der Kindertagesstätten, schmückt sich mit den bisherigen Ergebnissen („Bitte wählt mich!“), und der Bund stellt auch dafür viele Millionen Euro zur Verfügung. Die Durchführung obliegt aber den Städten und Gemeinden, denen die Kosten dafür – trotz der „großzügigen“ Zuschüsse des Bundes – davon laufen.

Ein letztes Beispiel für viele andere Aufgaben, die Bund und Land auf die Landkreise, Städte und Gemeinden übertragen haben: „Bildung hat oberste Priorität!“ Mit diesem unvermeidlichen Ruf beenden Bundes- oder Landespolitiker fast jeden öffentlichen Auftritt. Mit ständig neuen „Reformen“ und „frischem“ Geld unterstreichen sie auch ihren „entschlossenen“ Wil-

len zur nachhaltigen Förderung unserer Jugend. Wer führt diese „Reformen“ durch? Wer organisiert z. B. die Ganztagsbetreuung? Wer muss einen Großteil dieser Kosten schultern?

Aus tiefster Seele jammern hilft nicht weiter. Gefragt sind Ideen. Es gibt zahlreiche Kommunen von Aschaffenburg bis Passau, die mit Kompetenz, Sachverstand und reichlich Witz viele Aufgaben optimal gelöst haben. Was fehlt, ist das Wissen um diese erfolgreichen Ideen.

Hier setzt das Bildungswerk für Kommunalpolitik mit dem **BKB-Forum** auf seiner Internetseite an. Vorgesehen ist, zu einzelnen politischen Aspekten zunächst eine knappe Information über die jeweilige Aufgabe zu bieten, also eine inhaltliche Erläuterung und die Darstellung der rechtlichen Grundlagen. Dazu haben die Besucher unserer Seite die Möglichkeit, ihre Erlebnisse und Erfahrungen zu veröffentlichen. Wir sind sicher, dass sich daraus sehr bald ein reicher Schatz an Erfahrungen



und Ideen entwickelt, der allen politisch Verantwortlichen ermöglicht, innovative und kostengünstige Lösungen für ihre Aufgaben zu finden. Selbstverständlich sind auch Fragen erwünscht. Schließlich kann eine unkonventionelle Frage oft schon die intelligente Antwort provozieren.

Was das BKB-Forum nicht kann und darf ist Rechtsberatung. Das ist den entsprechenden Fachleuten vorbehalten. Bitte haben Sie dafür Verständnis.

Starten wird das BKB-Forum Anfang 2011.

*Dr. Helmut Fath,
Redaktion BKB-Forum*

Seminarübersicht des Bildungswerkes im ersten Halbjahr 2011

Januar 2011

Sa	15.1.	Dehler, NLP-Reinschnuppern, Ausprobieren, Anschauen	Niederbayern
Sa	15.1.	Stallmeister, Erstellung eines Leitbildes bzw. Gemeindeentwicklungsplanes	Unterfranken
Fr	21.1.	Krafczyk, Nachhaltige Energieeinsparung beim Gebäudebestand	Oberfranken
Fr	21.1.	Stallmeister, Erstellung eines Leitbildes bzw. Gemeindeentwicklungsplanes	Schwaben
Sa	22.1.	Kleiber, Einnahmequellen der Kommunen – versiegen sie?	Oberbayern
Fr	28.1.	Wagner, Die Bayerische Bauordnung	Unterfranken
Fr	28.1.	Kleiber, Einnahmequellen der Kommunen – versiegen sie?	Oberpfalz
Sa	29.1.	Portele, Rhetorik – das A u. O der Kommunikation	Unterfranken
Sa	29.1.	M. Schmitz, Kommunen im Internet mit CMS	Schwaben
Sa	29.1.	Fliester, Authentisch sein – die Persönlichkeit zählt	Oberbayern
Sa	29.1.	Stock, Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf die persönliche Mobilität	Niederbayern

Februar 2011

Fr	4.2.	Grill, Basis für eine erfolgreiche Mitarbeit in den kommunalen Gremien	Oberbayern
Fr	4.2.	Kleiber, Das Haushaltsjahr-mehr als nur vier Jahreszeiten	Unterfranken
Sa	5.2.	A. Schmitz, Kommunikationstraining. Reden und Präsentieren	Niederbayern
Sa	5.2.	Ziegler, Kommunale Jugendarbeit	Schwaben
Sa	5.2.	Grill, Nachhaltiges Wirtschaften durch eine solide Haushaltspolitik	Oberbayern
Fr	11.2.	Ziegler, Familienfreundliche Kommune	Oberpfalz
Sa	12.2.	A. Schmitz, Kommunikationstraining	Unterfranken
Sa	12.2.	Portele, Öffentlichkeits- u. Pressearbeit im kommunalpolitischen Alltag	Oberbayern
Mo	14.2.	Dehler, Einführung in NLP	Mittelfranken
Fr	18.2.	Portele, Richtig argumentieren und verhandeln	Niederbayern
Fr	18.2.	Krafczyk, Nachhaltige Energieeinsparung beim Gebäudebestand	Unterfranken
Sa	19.2.	Schmitz A., Kommunikationstraining	Schwaben
Fr	25.2.	Kolenda, Rechnungsprüfung in der Kommune	Unterfranken
Fr	25.2.	Stock, Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf die persönliche Mobilität	Mittelfranken
Sa	26.2.	M. Schmitz, Gestaltung und Pflege einer Webseite für Fortgeschrittene	Niederbayern

März 2011

Fr 18.3.	Dehler, Der authentische Weg zum Wähler	Mittelfranken
Fr 18.3.	Kolenda, Rechnungsprüfung in der Kommune	Unterfranken
Fr 18.3.	Stallmeister, Kommunalmarketing	Oberpfalz
Fr 18.3.	Dehler, Workshop Kommunikation I	Oberfranken
Sa 19.3.	Portele, Workshop Kommunikation II + III	Oberfranken
Sa 19.3.	Ferlesch, Öffentlichkeitsarbeit und Selbstmarketing	Niederbayern
Sa 19.3.	Neubauer/Lorentzen, Von der Kameralistik zur Doppik	Oberbayern
Fr 25.3.	Grill, Grund- und Spezialwissen zum kommunalen Beitragsrecht	Schwaben
Fr 25.3.	Stallmeister, Erstellung eines Leitbildes bzw. Gemeindeentwicklungsplanes	Mittelfranken
Fr 25.3.	Portele, Rhetorik – das A u. O der Kommunikation	Unterfranken
Sa 26.3.	Neubauer/Lorentzen, Von der Kameralistik zur Doppik	Oberpfalz
Sa 26.3.	Forman, Kommunen im Internet mit CMS	Oberbayern

April 2011

Fr 1.4.	Kleiber, Workshop Kommunalpolitik	Mittelfranken
Fr 1.4.	Forman, Kommunen im Internet mit CMS	Unterfranken
Sa 2.4.	A. Schmitz, Kommunikationstraining. Reden und Präsentieren	Oberbayern
Sa 9.4.	Landesdelegiertenversammlung	
Fr 15.4.	Forman, Kommunen im Internet TYPO3	Mittelfranken
Fr 15.4.	Grill, Kommunalrechtliche Intelligenz und Kompetenz	Oberpfalz
Fr 15.4.	Wagner, Die Bayerische Bauordnung	Unterfranken
Sa 16.4.	Dehler, Moderation – ergebnisorientiert Sitzungen und Versammlungen leiten	Oberbayern

Mai 2011

Fr 6.5.	Portele, Argumentieren und Verhandeln	Unterfranken
Sa 7.5.	Schmitz M., Kommunen im Internet TYPO3	Oberpfalz
Sa 7.5.	Wamser, Grundlagen des Beitrags- und Gebührenrechts	Niederbayern
Fr 13.5.	Wagner, Die Bayerische Bauordnung	Mittelfranken
Fr 13.5.	Zenker, Rechte und Pflichten des Gemeinderates	Oberbayern
Fr 13.5.	Kolenda, Rechnungsprüfung in der Kommune	Unterfranken
Sa 14.5.	Ferlesch, Rhetorikgrundlagen Teil II	Schwaben
Fr 20.5.	Shaw, Workshop Pressearbeit	Mittelfranken
Fr 20.5.	Wamser, Grundlagen des Beitrags- und Gebührenrechts	Unterfranken
Sa 21.5.	Wagner, Die Bayerische Bauordnung	Schwaben
Sa 21.5.	Stock, Mobilität in Städten und Gemeinden – Fakten, Empfehlungen, Forderungen – örtliche Probleme	Oberfranken
Sa 21.5.	Ziegler, Familienfreundlichkeit in der Kommune	Niederbayern
Fr 27.5.	Ziegler, Familienfreundlichkeit in der Kommune	Mittelfranken
Sa 28.5.	Stallmeister, Kommunalmarketing	Niederbayern
Sa 28.5.	Dehler, Teamarbeit – wirksam zusammenarbeiten.	Oberpfalz

Juni 2011

Fr 10.6.	Kleiber, Workshop II für Kommunalpolitiker	Oberpfalz
Fr 10.6.	Kolenda, Haushaltsgrundsätze, Aufstellung des Haushaltsplanes	Schwaben
Sa 11.6.	Grill, Grund- und Spezialwissen zum kommunalen Beitragsrecht	Niederbayern
Sa 18.6.	Flieser, Projektmanagement	Oberbayern

Juli 2011

Fr 1.7.	Ziegler, Familienfreundlichkeit in den Kommunen	Oberfranken
Fr 1.7.	Grill, Grund- und Spezialwissen zum kommunalen Beitragsrecht	Unterfranken
Sa 2.7.	Stock, Der demografische Wandel und seine Auswirkungen auf die Verkehrsinfrastruktur	Oberbayern
Sa 2.7.	Ferlesch, Rhetorikgrundlagen – gekonnte Kommunikation Teil I	Niederbayern
Sa 2.7.	Neubauer, Rechnungsprüfung – mehr als nur Kontrolle	Mittelfranken
Fr 8.7.	Kolenda, Voraussetzungen bei Kreditaufnahme und Rücklagenentnahme	Oberpfalz
Fr 8.7.	Ziegler, Jugendarbeit in der Kommune	Unterfranken
Fr 15.7.	Portele, Kommunikationstraining	Mittelfranken
Fr 22.7.	Schneider M., Dorferneuerung in Theorie und Praxis	Oberpfalz

Stand 10.12.2010

Details zu den Seminaren entnehmen Sie bitte unserer Homepage: www.bkb-bayern.de

Änderungen vorbehalten!



Herausgeber: Bildungswerk für Kommunalpolitik Bayern e. V., Marktplatz 7, 95349 Thurnau, und FW Landesverband Bayern
Verantwortlicher Bildungsleiter: Michael Schmitz, Im Brühl 18, 91183 Abenberg, mit Redaktionsteam. E-Mail: redaktion@bkb-bayern.de
Druck: Offsetdruckerei W. Täuber, Inh.: Volker Täuber, Industriestraße 6, 95359 Kasendorf

Bildungsarbeit 2010

Sehr geehrte Damen und Herren!

Als Bildungswerk für Kommunalpolitik Bayern blicken wir auf ein erfolgreiches Jahr 2010 zurück. Auch dieses Jahr brachte eine Vielzahl von Veränderungen mit sich.

Rückblick

Im Jahr 2010 konnten wir lange hinausgezögerte und unbedingt notwendige Investitionen tätigen. An dieser Stelle danken wir den Vertretern der Freien Wähler im Landtag herzlich für ihren Einsatz in unserer Sache. Sie unterstützen uns auch im Doppelhaushalt 2011/2012 tatkräftig.

Unsere Geschäftsstelle in Thurnau war auch im Jahr 2010 Schaltstelle der Arbeit des BKB. Als Vorstandsteam bedanken wir uns bei Frau Gabriele Förster für ihre engagierte und weit über das rein Dienstliche hinausgehende Arbeit.

Unsere Bildungsbeauftragten in den bayrischen Bezirken haben in diesem Jahr dazu beigetragen, dass wir unser Seminarangebot wieder auf einen neuen Höchststand bringen

konnten. Ihnen gebührt dafür großer Dank, aber auch den vielen Mandatsträgern und Ehrenamtlichen in den Ortsvereinen, ohne die unsere Arbeit nicht möglich wäre. Bitte seien Sie weiter offen für eine Zusammenarbeit.

Bildungsangebot 2011

Mit dieser Zeitung erhalten Sie einen Überblick über das Bildungsangebot im ersten Halbjahr 2011, das der BKB-Vorsitzende Klaus Förster organisiert. Bitte geben Sie unsere Angebote an Interessierte weiter! Melden Sie sich mit Ihrer Email-Adresse für unseren Verteiler an und bekommen Sie so unsere Informationen zeitnah und zuverlässig. Wir sind auch weiter offen für Ihre Vorschläge und neue Themen. Kommen Sie bitte auf unsere Vertreter in den Bezirken oder auf die Vorstandschaft zu, wenn Sie konstruktive Vorschläge zur Verbesserung unserer Arbeit haben!

Wichtig ist uns der Hinweis, dass unsere Bildungsangebote von **allen** Interessierten ohne Ansicht ihrer politischen Orientierung besucht werden können.

„Der Freie Wähler“

Überregional interessante Themen aus Ihrem lokalen Bereich (Gemeinde, Kreis, Stadt oder Bezirk) veröffentlichen wir gerne. Wir bitten Sie, uns die Artikel an redaktion@bkb-bayern.de zu mailen.

Die postalischen Versandkosten für unsere Zeitung sind immer noch sehr hoch! Um diese zu verringern, bitten wir Sie um Email-Adressen. Melden Sie sich bitte auf unserer Homepage unter www.bkb-bayern.de zum Newsletter an!

Das neue BKB-Forum

Lange verfolgt der Vorstand des BKB das Projekt einer Kommunikationsplattform für politisch Interessierte. In diesem Jahr hatten wir die Kraft und Zeit zur Umsetzung. (Siehe Artikel auf der Seite 6) Das Internet bietet einen Rahmen; diesen müssen aber **SIE** mit Inhalt füllen.



Michael Schmitz, Bildungsleiter

Unser Appell gilt all denen, die in Ihren Gemeinden, Landkreisen, Bezirken oder auch überregional Projekte kennen oder selbst betreut haben, die vorbildlich für andere sein können. Stellen Sie uns Ihr Vorhaben vor. Dazu müssen Sie uns die Beschreibung nur per Mail an forum@bkb-bayern.de zusenden.

Dank zum Jahresende

Dank gilt zum Jahresende allen, die uns in unserer Arbeit unterstützt haben. Besonders aber möchten wir all denen danken, die unsere Veranstaltungen besuchten; ohne Ihre Teilnahme könnten wir unseren Bildungsauftrag nicht erfüllen! Bleiben Sie unserem Angebot gegenüber auch 2011 so aufgeschlossen wie in diesem Jahr und werben Sie für unsere Seminarangebote.

Frohe Festtage und ein glückliches, gesundes und erfolgreiches Jahr 2011 wünscht Ihnen das Vorstandsteam des Bildungswerkes für Kommunalpolitik Bayern.

Ihr Klaus Förster,
Vorsitzender

Ihr Michael Schmitz,
Bildungsleiter



Klaus Förster, Vorsitzender

